Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 113. Donnerstag, 15. Mai 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Problem der deutsch-französischen Verständigung.

Die Räumung des Ruhrgebiets die erste Voraussetzung.

Berlin, 15. Mai. In den Berliner diplomatischen Kreisen hat das Problem einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nach der Wahlniederlage Poincarés außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Eine hohe Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes erklärte gegenüber dem außenpolitischen Mitarbeiter des „Berliner Presse-Dienstes", daß eine neue französische Regierung, die in einem anderen Geist als Poincaré an die Regelung der schwebenden Probleme herantreten werde, außerordentlich viel zu einer Verständigung beitragen könne. In Deutschland gebe es heute — abgesehen von ganz extrem gerichteten Kreisen — niemanden, der nicht den Wunsch habe, daß ein friedliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland eintritt. Die bisherige französische Politik des Ruhreinbruches und der dauernden Strafmaßnahmen, insbesondere aber der harte Druck der Besatzung auf die Bevölkerung haben die beiden Nationen schwer belastet. Es werde nicht leicht sein, in dem deutschen Volk den Gedanken einer Versöhnung mit Frankreich erstehen zu lassen, dagegen finden die Bestrebungen zu einer friedlichen Verständigung tatsächlich in Deutschland ernsthaften Anklang. Die Führer der französischen Linksparteien versichern, daß sie den Sachverständigenplan aufrichtig anzunehmen bereit sind und eine Politik des Friedens einschlagen wollen. Solche Erklärungen genügen jedoch nicht, um einen ernsthaften Willen zur friedlichen Verständigung erkennen zu lassen. **Deutschland braucht eine gewisse Genugtuung für die Vorgänge im Ruhrgebiet.** Es wäre daher notwendig, daß man deutscherseits darauf hinweist, wie sehr der Druck der militärischen Besatzung geeignet ist, das Fortbestehen der Feindschaft zu fördern. Solange das Ruhrgebiet nicht geräumt ist, wird man deutscherseits keine Möglichkeiten sehen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich wirklich bessern werden.

•

Die Deutschnationalen zum Sachverständigen-Gutachten.

Der deutschnationale Abgeordnete Professor **Hoetzsch** bespricht in seiner „Außenpolitischen Wochenschau" in der Kreuz-Zeitung das Gutachten der Sachverständigen und äußert sich dabei **keineswegs so ablehnend** wie die Vertreter des Landbundes. Er würdigt das **Gutachten** als eine **Arbeit von Sachverständigen ersten Ranges**, die sich wenigstens bestrebt haben, die wirtschaftliche Einsicht walten zu lassen. Man könne aber unmöglich, wie es der sozialdemokratische Volksentscheid will, einfach mit Ja oder Nein auf den Plan im Ganzen antworten. „Voraussetzungen und Vorbehalte von unserer Seite ergeben sich von selbst aus der Gesamteinstellung der Deutschnationalen zu dieser Frage. Das Verhandlungen über das Gutachten stattfinden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Weiteres grundsätzlich oder taktisch heute zu erörtern, dafür fehlt jede Grundlage, wo weder der Ententestandpunkt zum Gutachten einheitlich und klar ist, noch wir wissen, ob eine in unserem Sinne tragfähige deutsche Regierung für eine Innen- und Außenpolitik nach unserer Vorstellung überhaupt möglich sein wird."

Der Block der Mitte.

An der Schaffung einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte wird von den Vätern des Gedankens eifrig weitergearbeitet. Eine Entscheidung kann natürlich erst fallen, nachdem in der nächsten Woche die für die Fraktionsbildung in Frage kommenden Parteien sämtlich ihre Fraktionssitzungen abgehalten haben. Mit größerer Sympathie als in dem Organ der Deutschen Volkspartei wird die Idee eines Blocks der Mitte in der Parteipresse des **Zentrums** und der **Demokraten** begrüßt. Die demokratischen Zeitungen erklären übereinstimmend, der Zusammenschluß der Mittelparteien wäre erwünscht, um der **Parteizersplitterung im Reichstag abzuhelfen** und den parlamentarischen Betrieb zu vereinfachen. Keineswegs aber dürfe der Block nur zu dem taktischen Zweck gebildet werden, die Wahl eines Deutschnationalen Reichstagspräsidenten zu verhindern. Die Wiederwahl des **Präsidenten Löbe** sei auch bei der jetzigen Fraktionsgruppierung möglich, denn auch im alten Reichstag hätten Konservative und freisinnige Präsidenten amtiert, obwohl ihre Fraktionen durch andere an Mitgliederzahl übertroffen wurden.

Die Deutschnationalen verlangen den Rücktritt der Regierung.

Heute Donnerstag tritt die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei zu neuen Beratungen zusammen. Ueber den Zweck dieser Beratung wird parteioffiziös gesagt: Es kann als sicher gelten, daß die Parteileitung mit aller Entschiedenheit ihre Bemühungen fortsetzen wird, dem außenpolitischen Mißbrauch der Regierungsgewalt durch die gegenwärtige Geschäftsregierung ein Ende zu machen. Sie dürfte an die Regierung die kategorische Forderung richten, endlich ihren Rücktritt zu erklären und sich bis zur Bildung einer neuen Regierung jeder Weiterführung direkter oder indirekter Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten zu enthalten.

Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei.

)(**Berlin.** Reichstagsfraktion und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei billigten gestern in Anwesenheit der Reichsminister Dr. **Stresemann** und **Dr. Jarres** nach einem von der Partei ausgegebenen Bericht, die grundsätzliche **Stellungnahme der Reichsregierung in der Behandlung des Gutachtens der Sachverständigen.** Sie erwarten, daß die Reichsregierung in der Ausübung des Gutachtens die deutschen Interessen tatkräftig wahre, insbesondere die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches gegen den Versuch irriger Auslegung durchsetze, und daß die Forderungen der deutschen Ehre und Freiheit erfüllt werden. Dem Rücktritt der Reichsregierung sei für die Regierungsneubildung die Stellung der Deutschen Volkspartei durch den nach wie vor maßgebenden Beschluß vom 12. Januar 1924 gegeben. Außen- und innenpolitische Gründe erfordern eine Zusammenfassung der staatsbejahenden bürgerlichen Parteien. Dieses Ziel sei nicht zu erreichen durch die Schaffung einer sog. Fraktionsgemeinschaft der nationalen Mitte, die die Deutsche Volkspartei für unausführbar hält. Nicht taktische, sondern sachliche Uebereinstimmung in den außenpolitischen Lebensfragen der Nation stehe im Vordergrunde der demnächst beginnenden parlamentarischen Verhandlungen. — Die Vorstandswahl wurde bis nach Eröffnung des Reichstages verschoben.

Die Sozialdemokraten zur Regierungsbildung.

Auf einer Konferenz der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre erklärte die Reichstagsabg. **Frau Bohm-Schuch:** Wer ist denn unter uns überhaupt gegen eine Koalition? Wer wäre nicht froh, wenn wir jetzt nach dem Ausfall der Wahlen in Frankreich in Deutschland eine Koalition bilden könnten, wie sie das Kabinett Wirth darstellte. Wir werden in den nächsten Wochen vor die Frage gestellt sein, ob wir dem Kabinett Marx, das das Sachverständigen-Gutachten angenommen hat, außenpolitisch das Vertrauen geben wollen oder nicht. — Reichstagsabgeordneter **Crispien** erklärte zu derselben Frage: der Parteivorstand ist der Meinung, daß für den Augenblick eine große Koalition schon rechnerisch nicht möglich ist. Wir müssen zunächst abwarten, wie die Fraktion zu diesen Dingen Stellung nehmen wird. Wie wir uns zur neuen Regierung stellen werden, hängt auch davon ab, welche Haltung diese Regierung gegenüber unseren Forderungen bezüglich des Achtstundentages, der Abschaffung des Ausnahmezustandes und einigen anderen annehmen wird. Zu dem vom sozialdemokratischen Parteivorstand beantragten **Volksentscheid** über das Sachverständigen-Gutachten erklärte Crispien, der Volksentscheid komme erst dann in Frage, wenn der Reichstag über diese Dinge verhandelt hat und dabei würden die Deutschnationalen sich enthüllen müssen. Einen Protest gegen das Polizeivorgehen in der russischen Handelsvertretung lehnte Crispien ab.

Der deutsch-russische Konflikt.

BPD. Die Behandlung des Konflikts mit der russischen Regierung wegen der polizeilichen Durchsuchung der Berliner russischen Handelsvertretung hat in den politischen Kreisen lebhafte Auseinandersetzungen hervorgerufen. Auf der einen Seite wird erklärt, die Reichsregierung müsse alles tun, um den Streit so schnell wie möglich zu beenden, während auf der anderen Seite sich ein lebhafter Widerspruch dagegen geltend macht, daß Deutschland in diesem Konflikt vor den Moskauer Diplomaten eine Verbeugung machen soll. Der Streit hat sich soweit zugespitzt, daß jetzt eine Prestigeangelegenheit daraus entstanden ist, die zweifellos eine Beseitigung der deutsch-russischen Spannung in der nächsten Zeit nicht zulassen dürfte.

Der Anlaß zu der polizeilichen Aktion gegen die sowjetrussische Vertretung ist bekannt. Die deutsche Polizeibehörde war im Recht, wenn sie eine Durchsuchung der russischen Handelsvertretung vornahm, nachdem dort ein kommunistischer Untersuchungsgefangener von Angestellten der russischen Handelsmission gewaltsam befreit worden war. Hierbei entsteht aber die von russischer Seite aufgeworfene Streitfrage, aus welchem Grunde die deutschen Polizeibeamten sämtliche Schreibtische in der russischen Handelsvertretung erbrochen haben, um eine Durchsuchung vorzunehmen. Das Berliner Auswärtige Amt ist hier anderer Meinung als das Preußische Ministerium des Innern. Vom Auswärtigen Amt, das in diesem Falle als diplomatische Stelle unbedingt maßgebend sein muß, wird geltend gemacht, daß die Polizeibehörde verpflichtet war, das Auswärtige Amt vor Eröffnung der Aktion in Kenntnis zu setzen. Die Oeffnung verschlossener Bürogegenstände hätte nur im Beisein von Vertretern des Auswärtigen Amtes und der russischen Botschaft in Berlin erfolgen dürfen. Hier habe die Berliner politische Polizei die Grenze überschritten und der russischen Regierung eine Handhabe gegeben.

Es muß zweifellos einen Eindruck hervorrufen, wenn innerhalb amtlicher deutscher Stellen gerade in der Frage des deutsch-russischen Konflikts offene Gegensätze hervortreten. Die Angelegenheit hat jedoch auch eine andere Seite, die einmal angeschnitten werden muß. Das Berliner Polizeipräsidium steht unter Leitung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten **Richter**, der direkt dem preußischen sozialdemokratischen Innenminister **Severing** unterstellt ist. Sowohl das preußische Innenministerium als auch Polizeipräsident Richter haben in diesem Falle ganz eigenmächtig gehandelt, ohne Rücksicht auf die Interessen des Auswärtigen Amtes.

Die Rechtslage ist so, daß Deutschland alle Ursache hat, gegenüber der russischen Sowjetregierung mit aller Energie aufzutreten. Die russische Handelsvertretung scheint unter ihren Angestellten sehr viele parteikommunistische Elemente zu vereinigen, die sich gestatten zu dürfen glauben, bolschewistische Propaganda zu treiben und mit den deutschen Kommunisten Hand in Hand zu arbeiten. Derartige Zustände können von deutscher Seite nicht länger geduldet werden, und aus diesem Grunde hat auch Minister Dr. **Stresemann** in aller Form Vorstellungen bei dem russischen Geschäftsträger in Berlin erhoben. Der russische Geschäftsträger hat zugesagt, gegen die schuldigen Angestellten der russischen Handelsvertretung einzuschreiten, und auf der anderen Seite die Bestrafung der verantwortlichen deutschen Stellen für die Verletzung der diplomatischen Exterritorialität verlangt. Die deutsche Regierung wird natürlich schwerlich einer solchen Forderung nachkommen können, aber sie wird gezwungen sein, die Verantwortlichkeit des preußischen Innenministers Severing und insbesondere des Berliner Polizeipräsidenten Richter in vollem Umfange festzustellen und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

• • •

Die russischen Genugtuungsforderungen.

Berlin, 15. Mai. Im Auswärtigen Amt ist eine Note der russischen Regierung eingetroffen, in der die Forderung ausgesprochen wird, daß Deutschland wegen der Vorfälle in der Berliner russischen Handelsvertretung „volle Genugtuung" gebe. Unter anderem fordert Sowjet-Rußland die Bestrafung der verantwortlichen Leiter der Polizeiaktion und Schadenersatz, sowie die Anerkennung der Exterritorialität der russischen Handelsmission in Deutschland.

Das **Reichskabinett** hat sich mit diesen russischen Forderungen bereits beschäftigt. Was die Rückvergütung des entstandenen Schadens und die Anerkennung der Exterritorialität der russischen Handelsvertretung anbetrifft, so erklärt man, daß die deutsche Regierung diese beiden Fragen nach einer eingehenden rechtlichen Prüfung ohne weiteres im Sinne einer gegenseitigen Verständigung regeln kann. Dagegen wird die Forderung auf Bestrafung des Leiters der politischen Polizei in Berlin als unannehmbar bezeichnet. Der **deutsche Botschafter** in Moskau ist angewiesen worden, der Sowjet-Regierung nahe zu legen, auf die demütigende Forderung zu verzichten, wenn man russischerseits Wert darauf legt, daß der Konflikt aus der Welt geschafft wird. Wenn Rußland erkläre, Deutschland sei eine befreundete Macht, so könne man deutscherseits es nicht verstehen, wie man einer Regierung, zu der man im Freundschaftsverhältnis steht, demütigende Sühneforderungen stellen kann.

Befriedigender Verlauf der Schlichtungsverhandlungen.

)(**Berlin.** Bildung der Schlichtungskammer für die **Arbeitsstreitigkeiten im Ruhrgebiet:** Unter der Leitung des Reichsarbeitsministers wurden beide Parteien darüber einig, daß den Vorsitz im Schlichtungsausschuß der Vizepräsident des Oberpräsidiums zu Magdeburg und frühere Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium **Hausmann** übernehmen soll. Herr Hausmann, der auch im Juni 1922 die Manteltarifverhandlungen für den Ruhrbergbau erfolgreich geleitet hat, hat die Wahl zum Vorsitzenden angenommen. Als weitere unparteiische Vorsitzende wurden auf Vorschlag der Arbeitgeber Ministerialrat **Kralick** und auf Vorschlag der Arbeitnehmer Direktor **Löffler** vom Reichskohlenverband ernannt. Außerdem sollen dem Schlichtungsausschuß je fünf von den Parteien zu benennende **Beisitzer** angehören. Die Schlichtungskammer tagt im Reichsarbeitsministerium und begann ihre Verhandlungen bekanntlich gestern nachmittag 2 Uhr. **Mitteilungen** über den Gang der Verhandlungen können nach Uebereinkunft aller Beteiligten **erst nach Abschluß des Verfahrens** erfolgen.

)(**Berlin.** Wie die „Voss. Ztg." mitteilt, haben die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung des Konfliktes im Ruhrbergbau, die bis gestern abend 8 Uhr dauerten, bisher einen **befriedigenden Verlauf** genommen. Sie sind auf heute vertagt worden.

Kardinal Schulte tritt für die Bergarbeiter ein.

* **Köln.** Angesichts der großen Not, die durch die Aussperrung der Bergarbeiter in vielen Familien Einzug gehalten hat, hat sich Kardinal Schulte telegraphisch mit dringenden Vorstellungen an das Reichsarbeitsministerium gewandt zwecks Wiederherstellung des sozialen Friedens im Ruhrgebiet.

• • •

Betriebsstillegungen infolge Kohlenmangels.

)(**Dortmund.** Von den 7000 Arbeitern der Eisen- und Stahlwerke Hoesch haben 4000 infolge Brennstoffmangels die Arbeit einstellen müssen.

Die **Gelsenkirchener Bergwerke A.-G.** hat sich infolge Kohlenmangels gezwungen gesehen, 3 Hochöfen auszublasen.

Wenn bis spätestens Sonnabend die Kohlenförderung nicht wieder aufgenommen worden ist, muß mit der **Stillegung der gesamten Fabrikanlagen des Bochumer Vereins** gerechnet werden.

Verschärfte Streiklage in Oberschlesien.

)(**Hindenburg.** Die Streiklage in Oberschlesien hat eine Verschärfung dadurch erfahren, daß nunmehr auch die einzige noch arbeitende Grube, die Hedwigswunschgrube, in den Streik getreten ist. Auch die Belegschaften der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.-G. und der Oberschlesischen Eisenindustrie-A.-G. haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Zur Verabschiedung v. Seissers.

)(**München.** Wie die „Neuesten Nachrichten" zur Verabschiedung des Polizeiobersten v. Seisser erfahren, hat dieser gegen die von der Staatsregierung ihm mitgeteilte Absicht der Kündigung **Rechtsbeschwerde beim Staatsgerichtshof** erhoben. Er erkenne nicht an, daß die Kündigung zu Recht bestehe.

SLUB
Wir führen Wissen.